

Wie Drogendealer den Kiez erobern

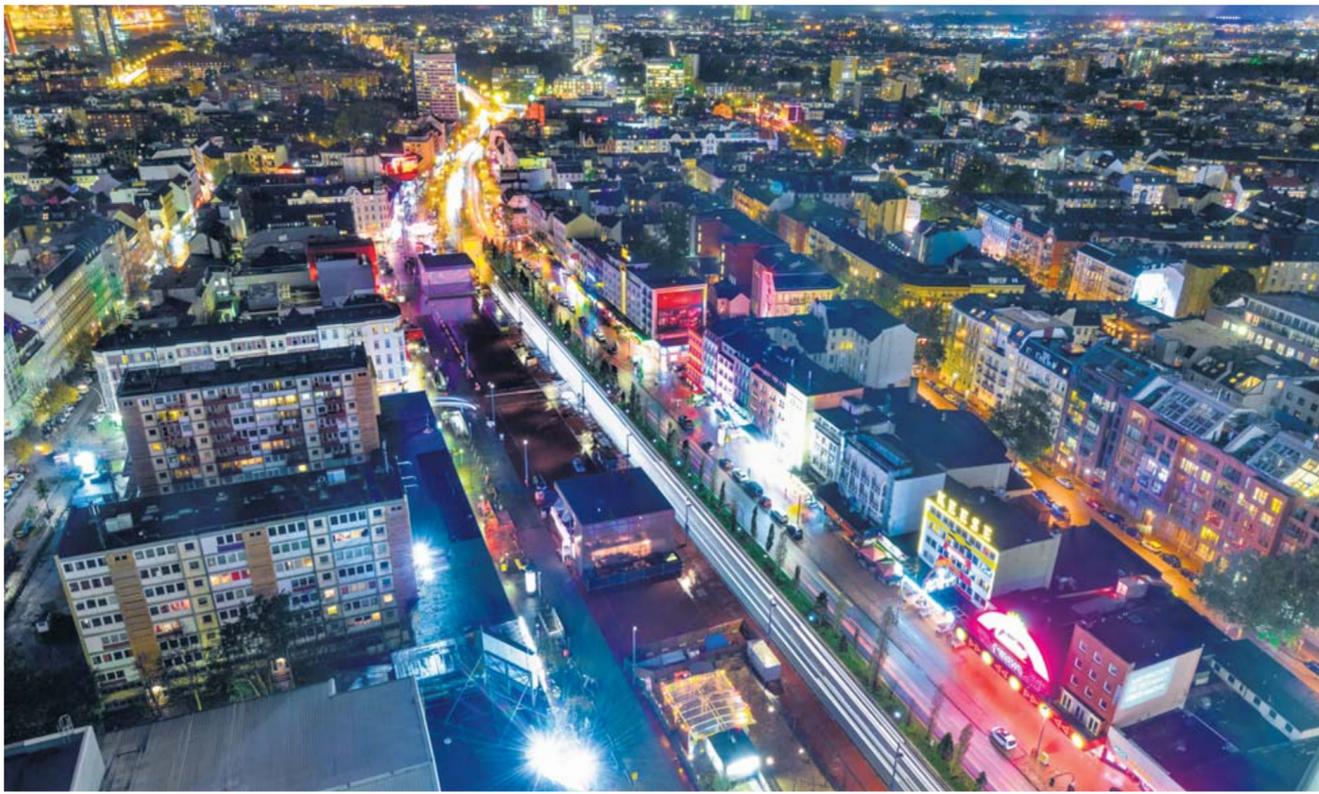
Unsere Autorin, die selbst auf **St. Pauli** lebt, schildert die Beobachtungen der Anwohner. Der Handel habe enorm zugenommen – und die Angst auch

IRENE JUNG

ST. PAULI :: Im Frühsommer waren da „die zwei“, wie sie von den Nachbarn genannt wurden. Sie seien nur freitags und sonnabends gekommen und hätten sich am Abend an die Ecke Friedrichstraße/Balduinstraße gestellt, um vom Hans-Albers-Platz kommende Passanten in englischer Sprache anzusprechen: „Hello, my friend, you need something?“ Bei passender Antwort habe sich der Kleinere der beiden auf den Weg Richtung Hafentreppe gemacht und – etwa auf der Höhe Erichstraße – einen dritten Mann kontaktiert, der mit der Ware anrückte.

Im August hätten plötzlich noch andere Afrikaner an dieser Ecke gestanden. Und seit Ende September auch schon mittwochs. Inzwischen seien an allen Einmündungen der Balduinstraße von mittwochs bis sonnabends ab 17 oder 18 Uhr Dealer präsent, berichten die Anwohner. Auch dann, wenn gegenüber in der Stadteilschule am Hafen der Nachmittagsunterricht aufhöre.

Diese Lage ist symptomatisch für viele Bereiche St. Paulis. Auch nördlich der Reeperbahn beschweren sich Anwohner vermehrt über eine deutliche Zunahme des offenen Drogenhandels. Während „die zwei“ nie Anwohner angesprochen hätten, wüssten die wechselnden Dealer nicht, wer im Stadtteil wohne. „Sie baggern jeden an, sogar Passanten, die mit Einkaufstüten nach Hause gehen, also nicht zwingend in Feierlaune sind. Das Alter spielt offenbar keine Rolle“, sagt zum Beispiel eine Anwohnerin.



Dass sich die Drogenszene auf die Reeperbahn verlagert, besorgt die Anwohner. Manche haben die Telefonnummer der Davidwache eingespeichert Foto: B. Fabricius

Sie baggern jeden an, sogar Passanten, die mit Einkaufstüten nach Hause gehen.
Anwohnerin

„Ich hab sie schon ein paar Mal gebeten von der Tür wegzugehen, damit ich ins Haus kann“, sagt ein anderer Nachbar. Von ähnlichen Erfahrungen berichten Ladeninhaber und Anwohner der Balduin- und der Bernhard-Nocht-Straße. Manchmal fragten die Dealer auch „Can I help you?“ Frage man zurück, was sie hier machten, antworteten sie meist, sie gingen hier nur spazieren.

Kollegen der „Hamburger Morgenpost“ hatten Ende August einen Test gemacht. „Auf Nachfrage wird der Preis genannt. Ein Gramm Kokain für 50 Euro. An einem anderen Tag wird Cannabis angeboten. Zehn Euro soll ein Tütchen Gras kosten.“

Inzwischen weiß jeder Anwohner, wie das System läuft. Am Handel sind immer mehrere Personen beteiligt: ein Anbäuer, ein Läufer, einer, der den Stoff trägt und einer, der das Geld einnimmt. Deshalb ist es für die Polizei zunehmend schwieriger, den einzelnen Beteiligten Handel mit Drogen nachzuweisen. Denn es ist nicht strafbar, an der Ecke zu stehen. Es ist nicht strafbar, Geld bei sich zu haben. Die Ware wird aus Depots in der Nähe geholt.

Am ehesten gelingt der Nachweis daher verdeckten Ermittlern. Am 22. Oktober haben Zivilfahnder der Davidwache an der Bernhard-Nocht-Straße einen Mann aus Gambia vorläufig festgenommen, nachdem sie ihn beim Verkauf von Marihuana beobachtet hatten. Bei dem 42-Jährigen wurde Geld, das vermutlich aus Drogendeals stammte, gefunden, bei der Durchsuchung seiner Wohnung außerdem 590 Gramm Marihuana, diverses Verpackungsmaterial und zwei Feinwaagen.

Viele Anwohner berichten, sie hätten sich schon mehrfach an die Polizei gewandt. „Ich hab die Nummer der Davidwache schon in meinem Handy gespeichert“, sagt ein Anwohner der Friedrichstraße, „unter der Nummer 110 sind die ja oft schon genervt.“ Die Davidwache reagiere schnell, schicke eine Streife und manchmal auch verdeckte Ermittler. Die Dealer sind meist sehr wachsam, beim Anblick von Polizisten türmen sie.

Aber die Wirkung ist höchstens kurzzeitig. „Neulich haben sie einen verwarnet und weggeschickt“, sagt der Zeitungshändler im Kiosk an der Silbersackstraße. „Abends war er wieder da und hat bei uns Zigaretten gekauft.“ Eine Nachbarin im Haus an der Ecke Erich-/Balduinstraße würde manchmal „am liebsten ein paar rohe Eier runterwerfen“, sagt sie. „Wir haben schon mitgekriegt, dass sie sich geprügel haben.“ Auch im Nachbarschaftsheim an der Silbersackstraße seien die Dealer „ein großes Thema“, sagt Pastor Sieghard Wilm von der St. Pauli Kirche, „die Leute dort haben deutliche Veränderungen bemerkt.“

Im Elternrat der Stadteilschule am Hafen sei das Problem bisher noch nicht Thema gewesen, sagt Michael Hermann vom Vorstand des Elternrats. „Unsere Kinder werden durch andere

Dinge mehr belastet, zum Beispiel durch den ständigen Müll und Dreck um die Schule“. An diesem „unmöglichen Zustand“ ändere sich ja auch nichts. Vor Jahren habe Ronald Schill die Dealer vom Schanzbahnhof vertrieben, jetzt breiteten sie sich in St. Pauli aus. „Vermehrte Polizeieinsätze führen nur zu einer Verdrängung – wemöglich vor andere Schulen“, meint Hermann. Bisher gebe es keine Hinweise, dass Drogen an Schüler verkauft würden.

Der Polizei ist bekannt, dass der Drogenhandel auf St. Pauli enorm zugenommen hat, südlich wie nördlich der Reeperbahn. Die Bereiche Balduinstraße, Hamburger Berg und Seilerstraße würden vermehrt kontrolliert, sagte ein Polizist im Gespräch mit dem Abendblatt, außerdem gebe es immer wieder Schwerpunktinsätze. Oft reiche es schon, wenn die Polizei nur Präsenz in diesen Straßen zeigt. Aber gerade an den Wochenenden sei die Davidwache überlastet.

Klar ist auch, dass die schwarzafrikanischen Straßendealer nur das letzte Glied in der Handelskette sind – diejenigen, die den dreckigen Job haben. Das große Geschäft machen die türkischen und kurdischen Drogenkartelle im Hintergrund. Sie nutzen die prekäre Lage vieler afrikanischer Flüchtlinge

aus, die ohne geklärten Status und ohne Arbeitsgenehmigung in Hamburg leben. „Not schafft prekäre Arbeitsverhältnisse“, sagt Pastor Sieghard Wilm.

Das ist auch den Anwohnern klar. In den Gesprächen richtet sich bei keinem einzigen ein Groll gegen Afrikaner. Viele haben nach eigenen Angaben für die Lampedusa-Flüchtlinge gespendet, die in der St. Pauli Kirche untergekommen waren und von denen immer noch viele regelmäßig zum Deutschunterricht an der Hein-Köllisch-Platz kommen. Diejenigen, die man „nicht kennt“, werden als „andere“ verortet, die „aus der Schanze hierhergekommen“ seien. „Die vom Hein-Köllisch-Platz sind ja unsere“, sagt eine Nachbarin aus der Erichstraße, „aber die anderen, die sollen hier verschwinden.“

Die Piraten fordern eine Reformierung des Betäubungsmittelgesetzes

Auch Pastor Wilm ist schon von Dealern angesprochen worden. Sein Antwortsatz: „I pray for your soul“, also „Ich bete für Ihre Seele“. Bei vielen Anwohnern hat sich leise Resignation eingestellt. „Wir haben dieses Hin und Her mit den Dealern schon so oft erlebt“, sagt eine Mutter mit Kinderwagen an der Bernhard-Nocht-Straße. „St. Pauli ist ja tolerant und schreit nicht gleich nach der Staatsgewalt. Aber dass ich hier jetzt an jeder Ecke von unbekanntem Dealern umgeben bin, macht mir Angst.“

„Es wird nicht ausbleiben, dass wir das Betäubungsmittelgesetz reformieren müssen“, sagt Andreas Gerhold, Abgeordneter der Piraten im Bezirksparlament Mitte. Das hat vor Kurzem sogar André Schulz, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, gefordert: „Das Ziel sollte sein, den Konsum in Deutschland zu entkriminalisieren. Wir müssen uns damit beschäftigen, ob die Drogenpolitik gescheitert ist.“ Schulz plädiert dafür, Drogenkonsumenten zu helfen, ohne sie zu kriminalisieren, und verweist auf Portugal, das beispielhaft vorgehe.

Drei Viertel der Verfahren gegen Konsumenten in Deutschland würden ohnehin eingestellt. Die Verfolgung von Konsumenten binde nur Ressourcen, die dringend für andere Bereiche gebraucht würden.

Auch 122 Strafrechtler des „Schildower Kreises“ fordern in einer Resolution an den Bundestag eine Neuorientierung in der Drogenpolitik. „Die strafrechtliche Drogenprohibition ist gescheitert, sozialschädlich und ökonomisch“, schreiben sie. Die Piraten fordern seit Langem ein Ende der Drogen-Prohibition. „Wir setzen uns für eine Regulierung aller Drogen ein“, sagt Andreas Gerhold. „Illegale Märkte muss man austrocknen. Aber bis wir ein reformiertes Betäubungsmittelgesetz haben, kann es nach meiner Einschätzung noch zehn Jahre dauern. So lange können die Leute hier nicht warten. Man muss die Anwohner ernst nehmen.“ Nach seinem Eindruck haben die verstärkten Polizeieinsätze im Flora-Park auf der Schanze dazu geführt, dass die Dealerei sich auf das Gebiet der gesamten Schanze und nach St. Pauli ausgebreitet hat. „Diesen Effekt hatten wir in Hamburg immer wieder: Bekämpfung und Repression führt zu Abwanderung, aber nicht zum Verschwinden der Drogenszene. Mann muss pragmatisch über Schritte nachdenken.“

Dazu könnte gehören, Drogen-Konsumräume wie das „Stay alive“ zu reaktivieren: „Erfahrungsgemäß konzentriert sich der Handel um solche Räume. Eine zweite Idee wäre, auch auf St. Pauli Coffeeshops zu eröffnen.“ Vorbild sind die Amsterdamer Coffeeshops, in denen weiche Drogen zu festen Preisen und unter Wahrung des Jugendschutzes angeboten werden. In Berlin sieht man das im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ähnlich: Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) plant dort den bundesweit ersten Coffeeshop.

Seite 2 Jungs Zeitgeist
Mehr Nachrichten aus St. Pauli unter
www.st-pauli-news.de



An manchen Abenden fast schon Alltag auf dem Kiez: Polizisten kontrollieren Passanten und tasten sie auf Drogen ab Foto: AP

Hamburg hat bundesweit höchste Krankenhauskosten pro Patient

HAMBURG :: Hamburg hat bundesweit die höchsten Krankenhauskosten. Die durchschnittlichen Kosten für eine stationäre Behandlung waren mit 4856 Euro weit höher als der deutschlandweite Durchschnitt von 4152 Euro, wie das Statistische Bundesamt berichtet.

Insgesamt lagen die Kosten pro Patient 2013 um 2,3 Prozent höher als im Jahr davor. Die Kosten pro Fall waren in Brandenburg mit 3667 Euro am niedrigsten. Die höchsten Mehrkosten hatte Baden-Württemberg: Im Südwesten stiegen die stationären Kosten pro Fall um 3,7 Prozent, in Bremen lediglich um 0,6 Prozent. „Diese regionalen Unterschiede sind strukturell bedingt: Sie werden vom Versorgungsangebot sowie von der Art und Schwere der behandelten Erkrankungen beeinflusst“, so das

Bundesamt. In ganz Deutschland gaben die Kliniken für die stationäre Versorgung 2013 rund 78,0 Milliarden Euro aus. Das waren 3,2 Prozent mehr als 2012. Dazu kommen Ausgaben für nicht stationäre Leistungen – zum Beispiel für Ambulanzen oder Forschung – in Höhe von zwölf Milliarden Euro.

Daraus ergeben sich für 2013 Gesamtkosten in Höhe von 90 Milliarden Euro. 2012 waren es 86,8 Milliarden Euro. Die Summe setzt sich zusammen aus Personalkosten (53,8 Milliarden – 3,8 Prozent mehr als 2012), Sachkosten (33,8 Milliarden – 3,7 Prozent mehr) sowie den Aufwendungen für den Ausbildungsfonds (1,2 Milliarden – 5,6 Prozent mehr). Weitere 1,3 Milliarden Euro entfielen auf Steuern, Zinsen und die Kosten für Ausbildungsstätten. (Ino)

Weitere IBA-Ideen in Gefahr

Wilhelmsburger Verein befürchtet neue Achse für **Schwerlastverkehr**. Auch Bildungsprojekt betroffen

WILHELMSBURG :: Nach der Kritik des Stadtentwicklungsexperten Dieter Läßle am Dienstag im „Hamburger Abendblatt“ über den Umgang der Behörden mit den Ideen und Planungen der Internationalen Bauausstellung (IBA) in Wilhelmsburg meldet sich auch der Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg zu Wort. Dessen Vertreter Manuel Humburg ärgert sich besonders über die Pläne, die Drateln- und Mengestraße auszubauen. „Damit wird eine neue Achse für den Schwerlast- und Hafentrafik geschaffen“, sagt der ehemalige Arzt, der sich seit Jahrzehnten für bessere Lebensbedingungen auf der Elbinsel einsetzt. Trotz aller Anstrengungen und Investitionen der IBA betrachte die Stadt Wilhelmsburg offenbar noch immer als Industrie- und Ha-

fengebiet, in dem der Verkehr Priorität habe und die Bewohner Gestank, Lärm und Immissionen hinnehmen müssten.

„Damit ist der Stadtteil wieder bei seiner Bestimmung aus dem letzten Jahrtausend angekommen.“ Die Verkehrsbehörde widerspricht dieser Auslegung. „Fakt ist, dass es in Wilhelmsburg Gewerbebetriebe gibt, die natürlich erreichbar bleiben müssen. Sie sind Quelle und Ziel von Schwerlastverkehr“, so Sprecherin Helma Krstanoski. „Bei der Entwicklung Wilhelmsburgs wird es darum gehen, diesen Lkw-Verkehr zu bündeln, um ihn aus den Wohngebieten rauszuhalten.“

Sogar einer der größten Erfolge der IBA, die „Bildungsoffensive Elbinsel“, soll durch die Stadt gefährdet sein. Mit dem Projekt sollten die Bildungs-, Bera-

tungs- und Erziehungsangebote für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen verbessert werden; mehr als 100 Einrichtungen beteiligten und vernetzten sich. Nachdem Ende 2013 mit dem Ende der IBA bereits viereinhalb Stellen für die Bildungsoffensive weggefallen sind, hat nun die Schulbehörde angekündigt, auch noch die letzte halbe Stelle zu streichen. Damit hatte der Geschäftsführer des Forums Bildung Wilhelmsburg unter anderem die erfolgreichen Lese-, Koch- und Forscherwochen organisiert. „Mit dieser Entscheidung zieht sich die Schulbehörde aus der politischen Verantwortung für die Elbinsel heraus“, so Manuel Humburg. „Dabei kann eine einzelne Schule natürlich nicht Vernetzung und die Bildung des ganzen Stadtteils leisten.“ (fru)

EIMSBÜTTEL STEIGT UM

Bezirk prüft sechs neue „Mobilitätspunkte“

EIMSBÜTTEL :: In Eimsbüttel soll es weitere switchh-Punkte geben. Die Bezirksversammlung hat beschlossen, die Standorte Tibarg, Niendorf-Nord, Hagenbecks Tierpark, Dammtor, Elbgaustraße/Eidelstedt und Schnelsen/Burgwedel prüfen zu lassen. Das Projekt „switchh“ der Hamburger Hochbahn macht es möglich, dass die Kunden zwischen Bus, Bahn, StadRad, car2go, Mietwagen und Taxis wechseln können. Die zweijährige Pilotphase von switchh begann 2013 mit dem ersten Standort am Bahnhof Berliner Tor. Die Ausweitung des switchh-Netztes auf alle Bezirke erfolgte durch einzelne Standorte in Bergedorf, Harburg und Wandsbek. Bis 2015 sollen 15 switchh-Punkte in Hamburg entstehen. (gen)

BRENNSTOFFZELLEN

Hamburg kauft ab 2020 nur noch Ökobusse

HAMBURG :: Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hält an diesem Mittwoch die Eröffnungsrede bei der Hauptversammlung des europäischen Brennstoffzellennetzwerks in Brüssel. Scholz nimmt mit dem Vizebürgermeister von London, Kit Malthouse, und Vertretern der großen Bushersteller eine Absichtserklärung zur Bereitstellung von mehr Brennstoffzellenbussen entgegen. In Hamburg sollen von 2020 an nur noch emissionsfreie Busse angeschafft werden. Am Donnerstag reist Scholz nach London, um bei der Konferenz „Urban Infrastructure“ über „Städte als Wachstumsmotoren und Lebensräume“ mit den Bürgermeistern von Rom, Turin und Porto zu sprechen. (coe)

HUBERTUSTAG

Wildfleisch und Tannengrün im Niendorfer Gehege

NIENDORF :: Anlässlich des St. Hubertustags bietet die Revierförsterei im Niendorfer Gehege am Sonnabend frisches Wildfleisch aus Hamburgs Wäldern an. Auch Schmuckgrün von Tannen, Fichten und Kiefern aus der Hamburger Försterei Alt-Erfrade wird verkauft. Von 10 Uhr an bietet die Deutsche Waldjugend am Lagerfeuer in der Jurte Stockbrot und Tee an. Um 18 Uhr gibt es einen Hubertusgottesdienst. (gen)

HOTEL LOUIS C. JACOB

Große Party mit Sterneköchen und Riesenflaschen

NIENSTEDTEN :: Das Hotel Louis C. Jacob an der Elbchaussee 401 lädt am Sonntag zur Big Bottle Party ein. Der Chefsommelier des Hauses, Markus Berlinghof, hat 40 Winzer eingeladen, die ihre Weine in Sechs-Liter-Imperial-Flaschen präsentieren. Es gibt noch Restkarten für 180 Euro inklusive aller Weine und Speisen. Außer Jacob-Chefkoch Thomas Martin stehen auch die Sterneköche Johannes King aus dem Söl'ring Hof auf Sylt und Matthias Diether aus dem First Floor im Berliner Palace Hotel am Herd, Beginn: 12.30 Uhr. Reservierungen sind unter Tel. 040-82 25 54 07 oder per E-Mail an events@hotel-jacob.de möglich. (HA)

GLÜCKWÜNSCHE

:: Geburtstag feiern am 13. November:
95 Jahre: Erna Müller, Stiftung
87 Jahre: Erika Kotzke
72 Jahre: Peter Biefang

Wer will uns haben?



Stöpsel ist ein männlicher Chihuahua-Mix. Er ist Fremden gegenüber anfangs zurückhaltend.



Carlo ist männlich, kastriert und ca. acht Jahre alt. Er sucht ein Zuhause mit Freigang.



Familie Cannes, sieben Kanarienvögel, suchen ein Zuhause in Gesellschaft von mindestens zwei Artgenossen.

Vermittlung: Tierheim Süderstraße, Tel. 211 10 60